



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 107. Ratssitzung vom 11. September 2024

3653. 2024/357

**Dringliches Postulat von Dr. Tamara Bosshardt (SP), Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) und Leah Heuri (SP) vom 10.07.2024:  
Verbesserung der Barrierefreiheit bei der behördlichen Kommunikation in den Bereichen Print und Internet**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Leah Heuri (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3487/2024): Die Volksinitiative «Tschüss Genderstern!», über die wir bald abstimmen, zeigt, dass die Vermittlung der Sprache und wie wir kommunizieren, Themen sind, die uns beschäftigen. Die Initiative ist aus unserer Sicht nicht die richtige Stossrichtung, um eine Verbesserung der Barrierefreiheit zu schaffen. Es gibt aber Möglichkeiten, bei den Themen Barrierefreiheit in der Kommunikation und Vermittlung weiterzudenken und Zürich zu einem inklusiveren Raum zu machen. Sogar die bürgerliche Seite erkannte bei der Debatte um den Genderstern, dass Sprache allein nicht reicht, um Diskriminierung und Barrieren abzubauen. Eine verständliche, inklusive und barrierefreie Kommunikation ist das Fundament, um die politische und gesellschaftliche Partizipation aller Menschen zu ermöglichen. Informationen müssen auch für Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung, Sinnesbehinderung, mit Lese- und Lernschwierigkeiten, mit einer nicht deutschen Erstsprache, mit wenig Bildung und auch für Seniorinnen und Senioren zugänglich sein. Es ist uns wichtig, dass die Stadt bei der Kommunikation mit der Bevölkerung so inklusiv wie möglich auftritt. Wir reichten das Postulat ein, damit der Stadtrat Massnahmen prüfen kann, mit denen die Barrierefreiheit, Klarheit, Verständlichkeit und Lesbarkeit der behördlichen Kommunikation in den Bereichen Print und Internet verbessert werden können. Das Postulat macht konkret zwei Vorschläge: Es soll geprüft werden, wie behördliche Texte, die sich an die Bevölkerung richten, eine Zusammenfassung in leichter und verständlicher Sprache beinhalten können. Zum anderen können kurze, prägnante Videos komplizierte Abstimmungen verständlicher machen. Sowohl auf Bundesebene als auch auf kantonaler Ebene erwiesen sich diese als geeignete Mittel. Auch für städtische Abstimmungen können sie eine hilfreiche Ergänzung zu bestehenden Informationsmaterialien sein. Die Videos können durch einen Link oder QR-Code prominent platziert werden. Der Kantonsrat hat das in Form eines Pilotprojekts angedacht und die Stadt hat durch den «Massnahmenplan 2024–2027 für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen der Stadt Zürich» bereits einige Ansätze angestossen. Eine verständliche,*



*inklusive Kommunikation ist der Schlüssel zur Stärkung der politischen Teilhabe aller. Nur wer Zugang zu Informationen hat, kann aktiv am politischen Geschehen teilnehmen.*

**Samuel Balsiger (SVP)** begründet den namens der SVP-Fraktion am 28. August 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Sie wollen eine barrierefreie Sprache. Das ist die beste Werbung für ein Ja zur Genderstern-Volksinitiative, die im November zur Abstimmung kommt. Sie sagen, dass Sie eine inklusive Sprache wollen und Sie kommen mit dem Genderstern, der die Non-Binären abbilden soll. Es gibt eine Studie von Michael Herrmann, die in der ganzen Schweiz repräsentativ nachgewiesen hat, dass sich 0,5 Prozent der Bevölkerung als non-binär empfinden. Für eine Minderheit von 0,5 Prozent wollen Sie in der Stadtverwaltung einen Genderstern einführen. Was ist denn mit allen anderen Minderheiten? Wenn Sie Ihre Gedanken zu Ende führen, dann können Sie den Text am Ende nicht mehr lesen. Sprechen oder schreiben Sie so, wie ein normaler Bürger umgangssprachlich spricht. Normalerweise ist es das generische Maskulin: «Die Feuerwehr ist vorbeikommen und hat den Brand gelöscht». Das bedeutet auch, dass Frauen dabei sein können. Bei der Tagesschau in Deutschland sieht die einfache Sprache so aus: «Indien. In Indien ist es viel zu heiss. In dem Land Indien ist es im Frühling immer heiss. Doch jetzt ist es viel zu heiss.» Diese einfache Sprache ist eine Beleidigung für jeden, der lesen und schreiben kann. Sie wollen, dass alle Leute verstehen, was beispielsweise im Gemeinderat geschieht – wollen Sie wirklich, dass alle Leute erfahren, dass Sie sich das Gehalt verdoppeln? Sie betreiben linken Kulturkampf, den es nicht braucht.

Weitere Wortmeldungen:

**Martina Zürcher (FDP):** Laut Postulatstext soll geprüft werden, «wie Massnahmen umgesetzt werden können, die die Barrierefreiheit, Klarheit, Verständlichkeit und Lesbarkeit der behördlichen Kommunikation in den Bereichen Print und Internet verbessern». Das ist ein unterstützenswertes Anliegen. Wir verstehen den Kontext zum Genderstern nicht. Eine verständliche und lesbare behördliche Kommunikation heisst nicht, dass man ein Sternchen macht. Wie der Auftrag im Postulatstext festgehalten ist, unterstützen wir ihn.

**Sophie Blaser (AL):** Dass die bürgerlich dominierte Geschäftsleitung das Postulat nicht als Begleitpostulat zur Volksinitiative «Tschüss Genderstern!» zugelassen hat, ist bezeichnend. Sie befand, dass der Inhalt des Postulats zu weit weg von der Initiative sei. Die Initiative fordert, zwei neue Absätze in die Gemeindeordnung aufzunehmen. Der erste lautet: «Die Behörden verwenden eine klare, verständliche und lesbare Sprache.» Das vorliegende Postulat fordert den Stadtrat auf zu prüfen, «wie Massnahmen umgesetzt werden können, die die Barrierefreiheit, Klarheit, Verständlichkeit und Lesbarkeit der behördlichen Kommunikation in den Bereichen Print und Internet verbessern». Das muss eine interessante Diskussion in der Geschäftsleitung gewesen sein. Das Postulat versucht, das von den Initianten\*innen geschilderte Problem aufzunehmen und gibt dem Stadtrat den Auftrag zu prüfen, was gemacht werden kann. Aber der FDP, SVP und Die Mitte/EVP geht es nicht um eine klare, verständliche und lesbare Sprache, wie sie in der Initiative argumentieren. Sonst hätten sie das Postulat dankend angenommen. Stellen



*Sie sich vor: Drei Frauen der SP und der Grünen haben Ihnen genau zugehört und in einem Postulat formuliert, was Sie scheinbar dringend wollen. Aber Sie wollen es doch nicht. Beim Postulat geht es nicht um den Genderstern; es geht um das Ziel einer verständlichen Sprache. Ihnen aber geht es beim Genderstern um einen Kulturkrieg gegen die «ach so linke und woke» Gesellschaft. Was im Übrigen so schlimm daran ist, «woke» zu sein, erschliesst sich mir nicht. Das ist unser Alltag und gelebte Realität. Auch erschliesst sich mir das Beispiel von Samuel Balsiger (SVP) nicht. Darin haben Sie bereits gegendert, ohne es zu merken. Aus unserer Sicht haben wir kein grosses Problem mit der Verständlichkeit der Texte der Stadt. Es gibt aber immer ein Verbesserungspotenzial. Dass Webseiten und Flyer auch für Menschen mit Einschränkungen im Visus oder des Gehörs zugänglicher gemacht werden, macht Sinn. Wenn wir uns die Flut der Kommunikation mit Eltern anschauen, dann gibt es sicher auch Verbesserungspotenzial in der Verständlichkeit. Wir sind froh um das Postulat und überweisen es selbstverständlich mit.*

**Anna-Béatrice Schmalz (Grüne):** *Mit diesem Postulat wollen wir, dass Zürich noch inklusiver kommuniziert. Inklusive Kommunikation ist wichtig, damit alle Menschen die Stadt verstehen, sich angesprochen fühlen und partizipieren können. Inklusive Kommunikation verstehen wir als breiten Begriff. Zum einen ist das eine geschlechtergerechte Kommunikation, zum anderen eine zugängliche und barrierefreie Kommunikation. Das soll selbstverständlich kein Widerspruch sein und es ist auch keiner. Eine barrierefreie, zugängliche und einfach verständliche Sprache ist für Menschen, die Deutsch nicht als Erstsprache sprechen, für Menschen mit Behinderungen, mit Lese- und Lernschwierigkeiten sowie für ältere Menschen relevant. Die Beispiele verschiedener Anspruchsgruppen zeigen, dass es diverse Massnahmen braucht, damit die Sprache inklusiv und ein Verständnis möglich wird. Die Stadt führte bereits einige Massnahmen für mehr Barrierefreiheit und eine geschlechtergerechte Kommunikation ein. Das ist sehr begrüssenswert. Die Zugänglichkeit könnte aber noch optimiert werden. Das sollte der Anspruch einer Stadt für alle sein, einer inklusiven Stadt. Um alle anzusprechen und alle Inhalte verständlich zu machen, braucht es mehr Effort. Das wollen wir mit dem Postulat anstossen. Gerade bezüglich der politischen Partizipation – konkret bei Abstimmungen – ist eine Sprache und Kommunikation, die für alle verständlich ist, zentral. Wir begrüssen darum, dass das alle Parteien ausser der SVP anerkennen und sich für Inklusion und Barrierefreiheit in der Kommunikation einsetzen. Ich verstehe nicht, wieso die SVP nicht dabei ist, aber finde es bezeichnend, dass sie jetzt auch nicht zuhört. Es geht um Inklusion und Partizipation. Die SVP schlachtet das Thema der geschlechtergerechten Sprache aus, ihr geht es nur darum, auf dem Rücken von Minderheiten Hetze zu betreiben.*

Das Dringliche Postulat wird mit 95 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat